

Anfrage Antrag

öffentlich

nichtöffentlich

Vorlage-Nr.: **67/09**

an die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder zur Sitzung am: 14.Mai 2009

Einreicher **SPD Fraktion**

Beantwortung;

mündlich

schriftlich

zur Vorberatung an:

Hauptausschuss

Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss

Stadtentwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsausschuss

Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss

Bühnenausschuss

Ortsbeiräte/Ortsbeirat

Eingangsdatum 8. April 2009

Betreff: Unterstützung der Resolution des Kreistages des Landkreises Uckermark gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Gryfino/Republik Polen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder beschließt, sich der „Resolution gegen den Bau eines Atomkraftwerkes an der deutsch-polnischen Grenze“, die auf der Sitzung des Kreistages des Landkreises Uckermark am 22. April 2009 behandelt werden soll, anzuschließen.

Begründung:

Mit Beschluss vom 28. Juni 2006 hatte sich der Kreistag des Landkreises Uckermark gegen den Bau eines polnischen Atomkraftwerkes in Gryfino/Republik Polen positioniert.

Den letzten Veröffentlichungen zufolge wurde deutlich, dass die polnischen Planungsabsichten weiter Gestalt annehmen, verfolgt werden und nunmehr der o. g. Grenzstandort für den Bau eines Atomkraftwerkes favorisiert wird.

Es ist aus unserer Sicht dringend erforderlich, dass auch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwedt/Oder die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg um Unterstützung bitten, damit dieses Projekt nicht zur Realität wird.

In der Kreistagssitzung des Landkreises Uckermark wird am 22.04.2009 ein Antrag behandelt, der die nachfolgende Resolution zum Inhalt hat. Dieser Resolution sollten wir uns parteiübergreifend anschließen.

Möhwald
Fraktionsvorsitzender

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt/e

im Mitteilungsblatt an die Stadtverordneten Nr.:

in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder am

Die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder hat in ihrer Sitzung am

den empfohlenen Beschluss mit Änderung(en) und Ergänzung(en) gefasst nicht gefasst.

Resolution gegen den Bau eines Atomkraftwerkes an der deutsch-polnischen Grenze

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel und sehr geehrter Herr Ministerpräsident Platzeck,

mit tiefer Sorge haben wir aus den Medien erfahren, dass in der Republik Polen die Planungen zum Bau eines Atomkraftwerkes an der Oder, direkt zur Grenze der Uckermark, weiter fortgeschritten sind. Die Uckermark befindet sich in einem schwierigen Strukturwandel an der Peripherie der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Die Arbeitsmarkt- und Sozialstatistik belegt, wie wichtig jeder wirtschaftliche Aufschwung für den flächenmäßig größten deutschen Landkreis ist.

An der Ausweisung von drei Großschutzgebieten mit dem einzigen Nationalpark Brandenburgs (gemeinsam mit der Republik Polen) wird deutlich, welche natürlichen Reichtümer in dieser grenzüberschreitenden Region vorhanden sind. Alle politisch und kommunal Verantwortlichen sind bestrebt, in einem breit angelegten Konsens die Interessen der hier lebenden Menschen, der Landwirtschaft und Industrie mit dem Schutz der Natur in Einklang zu bringen. Weitere Projekte, wie beispielsweise der sich im Aufbau befindende Geo-Park „Eiszeitland am Oderrand“ oder die sich entwickelnde Gesundheits- und Tourismusregion Uckermark/Barnim, wie auch die aufstrebende Stadt Szczecin als natürliches Oberzentrum dieser grenzüberschreitenden Region, würden durch den Bau des Atommeilers einen herben Rückschlag erleiden. Zudem haben wir zunehmend Ängste der im Landkreis Uckermark lebenden Menschen zu berücksichtigen, die diese Form der Energiegewinnung aus Gründen der gesundheitlichen Risiken für sich und ihre Kinder ablehnen, insbesondere im Hinblick auf die damit verbundenen Gefahren.

Bei der künftigen Energiegewinnung hat der Kreistag Uckermark in einer noch andauernden Diskussion einen überparteilichen Kompromiss gefunden, um mit den regenerativen Energien aus Biogas, Solarkraft und Windkraft einen verträglichen Mix zu finden, damit die landschaftlichen Reize des Landkreises erhalten werden, aber auch ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung geleistet wird. Wir sind uns sicher, dass dies eine gemeinsame deutsch-polnische Aufgabe sein kann, um die Lebensbedingungen beiderseits der Oder weiter zu verbessern.

Der Bau eines Atomkraftwerkes steht im krassen Widerspruch zu diesen Bemühungen. Diese gegensätzlichen Entwicklungen, der Schutz der Landschaft und die großflächige Entwicklung alternativer Energiegewinnung auf der deutschen Seite sowie eine Renaissance der Atomkraft auf der polnischen Seite würden weithin sichtbar deutlich machen, dass die Länder Europas trotz großflächiger Organisation in der Europäischen Union noch lange kein einheitliches Europa sind.

Der Bau eines Atomkraftwerkes berührt alle Lebensbereiche der Menschen in der Wojewodschaft Westpommern sowie in der Uckermark, die mit Ideen, Traditionen und viel ehrenamtlicher Arbeit bemüht sind, das Leben in dieser Grenzregion zu bereichern.

Der Kreistag des Landkreises Uckermark lehnt dieses Projekt entschieden ab und bittet Sie, Ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, diese Planungen bereits im Anfangsstadium aufzugeben.

G. Möhwald
SPD-Fraktion

T. Tenner
Fraktion
DIE LINKE.

H.-J. Höppner
CDU-Fraktion

C. Rauch
Fraktion
Buntes unabhängiges
Bürgerbündnis

W. Seehagen
FDP-Fraktion